

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 85 | 3. Dezember 2014

Gruppe der Vertriebenen in der 18. Legislaturperiode

Viele neue Gesichter

Liebe Leserinnen und Leser,

mit den Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag sind zahlreiche verdiente Kolleginnen und Kollegen, die den Themen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in den vergangenen Jahren ihre geschätzte Aufmerksamkeit gewidmet haben, aus dem Deutschen Bundestag ausgeschieden. Umso mehr freut es mich, dass mit dem Einzug junger Abgeordneter kein Nachlassen des Interesses an den Themen unserer Gruppe festzustellen ist. Diese erreicht mit mehr als 70 Mitgliedern auch in dieser Legislaturperiode erneut Landesgruppenstärke.

Im zusammenwachsenden Europa gewinnen die Themen rund um die Kultur der Deutschen im östlichen Europa weiterhin an Bedeutung. Dies ist gerade auch in den angestammten Herkunftsregionen der Fall, wo sich junge Menschen im Alltag oder auch im Bereich der Wissenschaften zunehmend für diesen Teil der Geschichte interessieren. Um unsere Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen, haben wir in diesem Jahr zwei Regionen besucht, die über große Zeiträume hinweg von deutschem Leben und deutscher Kultur geprägt waren: den russischen Teil Ostpreußens und Rumänien mit den deutschen Siedlungsgebieten in Siebenbürgen und im Banat. Sich zu informieren, welche Entwicklungen in diesen Gebieten stattfinden und welche Wünsche zur Zusammenarbeit auch in Richtung der deutschen Politik existieren, ist ein wichtiger Schritt, um die zwischenstaatlichen Beziehungen zu pflegen und auszubauen.

Im Hinblick auf die Politik der Koalition in dieser Legislaturperiode ist es uns erstmals gelungen, dass wichtige Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten Berücksichtigung im Koalitionsvertrag fanden. Das symbolpolitische Zeichen für unsere Verbundenheit mit den Vertriebenen ist dabei sicherlich der von uns seit vielen Jahren verfolgte nationale Gedenktag zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Angesichts der Tatsache, dass auch heute tagtäglich in vielen Regionen der Welt

Flucht und Vertreibung an der Tagesordnung sind, halte ich es für einen positiven Schritt, den 20. Juni, der zugleich der Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen ist, um die Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen zu erweitern. Zentral für die öffentliche Wahrnehmung dieses Gedenktages in der Breite der Gesellschaft ist dabei die nun zu planende Ausgestaltung unter Einbeziehungen der entsprechenden Verbände. Wir wollen den heute noch lebenden Mitgliedern der Erlebnissgeneration auf diese Weise zeigen, dass wir Anteil an ihrem Schicksal und dem von ihnen erlittenen Leid nehmen.



Klaus Brähmig

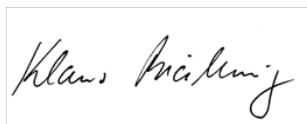
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Des Weiteren müssen wir uns in dieser Legislaturperiode intensiv mit der Frage beschäftigen, wie wir die Pflege des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa auf eine langfristig solide Grundlage stellen. Wegen des Ausscheidens der Erlebnissgeneration in der Pflege und Aufbereitung dieser Themen muss hier durch mittelfristige Anbindung an professionelle Strukturen dauerhafte Sicherheit erzielt werden. Die Förderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz spielt dabei auch künftig eine wichtige Rolle und die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung dieses Förderbereichs werden wir engagiert mitgestalten.

Mit den besten Wünschen für ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2015 verbleibe ich auch im Namen meiner Vorstandskollegen

mit herzlichen Grüßen



Inhalt

Klaus Brähmig mit klarer Mehrheit als vertriebenenpolitischer Sprecher wiedergewählt 2

Hartmut Koschyk ist neuer Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten 3

Personeller Wechsel beim Bund der Vertriebenen: Bernd Fabritius folgt auf Erika Steinbach 8

Nationaler Gedenktag an Flucht und Vertreibung stärkt die Erinnerungskultur 9

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt die Belange von Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten 10

Wahl von Klaus Johannis stärkt die deutsch-rumänische Freundschaft 12

Spätaussiedler zeigen großes Interesse an Deutschland 14

Bundesinnenminister Thomas de Maizièr im Dialog mit der Gruppe 17

25. Jahrestag der Gründung des Lastenausgleichsarchivs Bayreuth 20

Besuch des Museums Stadt Königsberg in Duisburg 20

Grundsteinlegung für den Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg 21

Delegationsreise Ostpreußen 22

Delegationsreise Rumänien - Banat und Siebenbürgen 25

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Klaus Brähmig mit klarer Mehrheit als vertriebenenpolitischer Sprecher wiedergewählt

Zahlreiche junge Abgeordnete mit familiärem Bezug zur Thematik



Foto: Steven Rösler

25 Bundestagsabgeordnete der 71 Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der 18. Legislaturperiode

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer konstituierenden Sitzung den sächsischen Abgeordneten Klaus Brähmig mit klarer Mehrheit als Vorsitzenden wiedergewählt. Dieser betont: „Die Gruppe hat mit ihrer signifikanten Bilanz in der Aussiedler- und Vertriebenenpolitik zu dem hervorragenden Bundestagswahlergebnis der Union beigetragen und wird ihren engagierten Kurs in der 18. Legislaturperiode fortsetzen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Anliegen der für uns nach wie vor wichtigen Bevölkerungsgruppen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, denen auf unser Betreiben hin erstmals im Regierungsprogramm 2013-2017 ein eigenes Kapitel gewidmet ist, im anstehenden Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

Es ist besonders erfreulich, dass sich unter den 71 bisher eingetretenen Mitgliedern zahlreiche junge Abgeordnete befinden, die einen familiären Bezug zu der Thematik von Flucht und Vertreibung besitzen. Ferner sind mit Bernd Fabritius und Heinrich Zertik zum ersten Mal der Vorsitzende einer großen Landsmannschaft, hier der Siebenbürger Sachsen, und ein Vertreter der Russlanddeutschen für

die CDU/CSU in den Deutschen Bundestag eingezogen. Das ist ein großer Erfolg und wird die Zusammenarbeit in der Gruppe prägen.“

Hintergrund:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit 1949 als einzige Fraktion im deutschen Parlament eine soziologische Gruppe eingerichtet, die sich für die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit und ihren östlichen Nachbarn einsetzt.

Damit erkennt die CDU/CSU-Fraktion weiterhin das Kriegsfolgeschicksal an, aus dem sich eine Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergibt und verstärkt den dahinter stehenden Solidaritätsgedanken.



Foto: Steven Rösler

Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten bei der konstituierenden Sitzung

Christoph Bergner aus dem Bundesministerium des Innern verabschiedet

Hartmut Koschyk ist neuer Beauftragter für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Die Bundesregierung hat am 8. Januar 2014 Hartmut Koschyk zum neuen Beauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten berufen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt außerordentlich die Berufung von Hartmut Koschyk zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Koschyk ist durch seine früheren Tätigkeiten als Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen und Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestens für dieses Amt geeignet.

Die Union bekennt sich ausdrücklich zu den Aussiedlern und deutschen Minderheiten in Osteuropa, hat deshalb im Koalitionsvertrag zentrale Anliegen dieser relevanten Bevölkerungsgruppen festgeschrieben und sichert dem neuen Beauftragten die volle Unterstützung bei seiner wichtigen Aufgabe zu.

Denn der Beauftragte ist für die Spätaussiedler zentraler Ansprechpartner auf Bundesebene und verantwortlich für die Koordination des Aufnahmeverfahrens und der Integrationsmaßnahmen mit Bund, Ländern und Gemeinden sowie der im Eingliederungsbereich tätigen Kirchen, Wohlfahrtsverbände und gesellschaftlichen Gruppen. Zusätzlich betreut er die in den Herkunftsgebieten

der Aussiedler verbliebenen Deutschen, koordiniert die Maßnahmen der Hilfenpolitik und übernimmt den Co-Vorsitz der bestehenden Regierungskommissionen zu Angelegenheiten der deutschen Minderheiten.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dankt seinem Vorgänger Christoph Bergner für dessen Engagement und insbesondere seine persönliche Unterstützung bei der Verankerung des Schwerpunktes deutsche Minderheiten in der Fraktion.“

Christoph Bergner wurde am 23. November 2005 als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern berufen. Im Februar 2006 übernahm er auch das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minder-



Foto: BMI

v.l.: Christoph Bergner, Thomas de Maizière

heiten. Hinzu kam im März 2011 die Funktion des Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Länder.

„Wir danken Herrn Bergner sehr für seine geleistete Arbeit und seinen großen Einsatz in den verschiedenen Aufgaben“, betonte Bundesinnenminister Thomas de Maizière. „Dabei standen das Ziel und die Lösung der Fragen stets im Vordergrund, nicht

die mediale Wirksamkeit der Maßnahmen.“

Das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten lag Christoph Bergner besonders am Herzen. Er hat diese Aufgabe nicht nur mit großem Engagement und einem hohen Maß an Sachkunde, sondern auch mit großer innerer Überzeugung ausgefüllt. Dabei war es ihm ein besonderes Anliegen, die Minderheiten- und Aussiedlerpolitik zukunftsfähig und an den zentralen Bedürfnissen der Angehörigen der deutschen Minderheiten und Aussiedler auszurichten.



Hartmut Koschyk

Ein Herzensanliegen und ein Schwerpunkt seiner Tätigkeit war sein Eintreten für die Anliegen der deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten der Aussiedler, den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und den mitteleuropäischen Staaten sowie in Dänemark. Dabei hat er stets die historische Verantwortung und Solidarität Deutschlands für die Angehörigen der deutschen Minderheiten in diesen Staaten hervorgehoben. Der Frage der Förderung der kulturellen und sprachlichen Identität sowie der Stärkung der Minderheitenselbstorganisationen maß er zentrale Bedeutung bei.

Deutsche Sprache und Kultur im östlichen Europa bewahren

Interview von Klaus Brähmig im Magazin "Globus" des Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA)

Globus: Sie wurden am 1. August 1957 in Sachsen geboren. Hat Ihre Familie einen Vertriebenenhintergrund?

Meine Familie ist seit vielen Generationen in Sachsen zu Hause. So hatten wir nach dem Zweiten Weltkrieg das große Glück, die Heimat nicht verlassen zu müssen, worüber ich bis heute sehr dankbar bin. Daraus entwickelte sich später der Wunsch, mich politisch für die Interessen der vertriebenen Landsleute und die in ihrer alten Heimat verbliebenen deutschen Minderheiten einzusetzen. Schon zu DDR-Zeiten habe ich mich für regionale Geschichte und insbesondere das nahe an meine Heimat grenzende Sudetenland interessiert. Gerade in diesem Gedenkjahr, in dem wir an den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges erinnern, wurde mir bewusst, welch schicksalhafte Ereignisse mit dem Datum des 1. Augusts verbunden sind, den ich bisher hauptsächlich als meinen Geburtstag wahrgenommen hatte. An diesem Tag fanden 1914 in Deutschland die Generalmobilmachung und die Kriegserklärung an Russland statt. Die Ereignisse des Ersten Weltkrieges bestimmten wesentlich den Fortgang des 20. Jahrhunderts. Neben den späteren Opfern der barbarischen Diktatur der Nationalsozialisten und des Zweiten Weltkrieges waren die Deutschen und deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa besonders von dessen Auswirkungen betroffen. So schließt sich für mich ein Kreis wenn ich mich heute für die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagiere.

Globus: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die einzige Fraktion, die seit 1949 zur Kriegsfolgenbewältigung eine soziologische Gruppe ein-

gerichtet hat. Was sind die wichtigsten Aufgaben dieser Arbeitsgruppe?

Auch in der 18. Legislaturperiode hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die soziologische Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten eingerichtet. Die Gruppe umfasst zum Jahresbeginn 2014 bisher 65 Mitglieder und erreicht somit Landesgruppenstärke. Die Hauptaufgaben der Gruppe ergeben sich vor allem aus der Anerkennung des Kriegsfolgeschicksals, aus dem sich eine Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergibt. Die Union stellt sich nach wie vor dieser Verantwortung, immer verbunden mit dem Bekenntnis zur eigenen Nationalität und Identität.

So sind wir als Gruppe Ansprechpartner im Parlament für die Vertreter dieser großen und wichtigen Bevölkerungsgruppen und halten einen engen Kontakt zu den von Bund und Ländern geförderten Einrichtungen, die das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa pflegen und erforschen.

Globus: Was sind die wichtigsten Ziele der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Legislaturperiode?

Die Union hat auf unsere Initiative hin in ihrem Regierungsprogramm für die Jahre 2013 bis 2017 erstmals den Heimatvertriebenen und Aussiedlern ein eigenes Kapitel gewidmet. Dessen Kernpunkte sind sämtlich in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition übernommen worden. Auf symbolpolitischer Ebene wollen wir die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung durch einen nationalen Gedenktag lebendig halten, der insbesondere auch der deut-



Klaus Brähmig MdB ist Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Foto: CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

schen Heimatvertriebenen gedenkt. Die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) ist und bleibt ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Identität Deutschlands und Europas. Die im Jahre 2000 verabschiedete Konzeption zur Kulturförderung des Bundes nach § 96 BVFG soll jetzt angepasst und weiterentwickelt werden sowie als zentrales Gedenkvorhaben der Bundesregierung in diesem Bereich die zügige Umsetzung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung (SFVV) in Berlin erfolgen.

Im Bereich der Aussiedler halten wir, da vor allem aus Russland und den Staaten der GUS nach wie vor Nachfrage besteht, weiterhin an den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest. Aufgrund der Selbstdefinition der Aussiedler als Deutsche finden wir es sehr wichtig, diese zu unterstützen und trennscharf zwischen vertriebenenrechtlicher Aufnahme und der allgemeinen Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Diese Zuwanderer verfügen vielfach über im Ausland abgeschlossene Berufs- und Hochschulausbildungen, deren Potential aber noch zu oft nicht ausreichend genutzt wird. Ein wichtiger Schritt, um

hier gegenzusteuern, sind die Anerkennungsgesetze des Bundes und der Länder für im Ausland erworbene berufliche Qualifikationen. Hier gilt es, deren Wirksamkeit zu überprüfen. Des Weiteren werden wir selbstverständlich unsere Hilfen für die deutschen Minderheiten im Ausland fortsetzen und arbeiten hier eng mit der Bundesregierung zusammen.

Globus: *Wir feiern in diesem Jahr den 25. Jahrestag der Überwindung von Mauer und Stacheldraht in Deutschland und Europa. Wie hat sich die Situation seitdem für unsere deutschen Landsleute in Mittel- und Osteuropa entwickelt und wo sehen Sie dort im Hinblick auf deren Volksgruppenrechte den dringendsten Handlungsbedarf?*

Die Lage der deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel- und Osteuropas hat sich nach der politischen Wende 1989/90 in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen grundsätzlich positiv entwickelt. Die Gründe hierfür liegen zum Beispiel in den wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Herkunftsstaaten, die zum Teil der EU beigetreten sind. Minderheitenfreundliche Klauseln fanden Eingang in bilaterale Verträge und Abkommen Deutschlands mit den jeweiligen Staaten und die Minderheitenpolitik des Europarates spielen hier eine Rolle. Auch ist in vielen Fällen eine neue Aufgeschlossenheit der Herkunftsstaaten gegenüber ihren Minderheiten festzustellen, die zum Teil in nationalen Schutzgesetzen und entsprechender aktiver Minderheitenpolitik ihren Niederschlag findet.

Die weitere Förderung der deutschen Minderheiten in den Herkunftsstaaten ist somit ein wichtiges Anliegen der unionsgeführten Bundesregierung. So gewährt das Bundesministerium des Innern Hilfen im gemeinschaftsfördernden, identitäts- und verbandsstärkenden wie auch im sozialen und wirtschaftsbezogenen Bereich. In den Bereichen Denkmalpflege, Archivsicherung, Wissenschaft sowie kulturelle Bildung, Vermittlung, Austausch und geschichtliche Aufarbeitung findet eine Förderung der Be-

auftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) auf Grundlage von § 96 BVFG statt. Im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik unterstützt das Auswärtige Amt die Aktivitäten der deutschen Minderheiten in verschiedenen Staaten Mittel- und Osteuropas und dem GUS-Raum. In diesem Zusammenhang fördert das Auswärtige Amt kulturelle, sprach- und bildungspolitische Vorhaben. Die Förderung trägt dazu bei, das jahrhundertealte kulturelle Erbe der deutschen Minderheiten zu erhalten.

Ich werbe vor allem auch dafür, dass dieses Potential von Seiten der Tourismuswirtschaft erkannt und genutzt wird. Hier könnte ich mir eine Kooperation zwischen der Deutschen Zentrale für Tourismus und den jeweiligen nationalen Tourismusorganisationen vorstellen, um das deutsche Kulturerbe in den Mittelpunkt von Werbekampagnen und anderen Aktivitäten zu stellen. Tourismus ist ein hervorragendes Instrument der Außenpolitik, in dem Menschen reisen, sich begegnen und auf diese Weise Verständnis und Vertrauen füreinander entwickeln. Und natürlich spielt auch die wirtschaftliche Komponente eine wichtige Rolle, in der der Tourismus wesentlich zur wirtschaftlichen Entwicklung von Orten oder Regionen beitragen kann. Davon profitiert dann auch die deutsche Minderheit.

Globus: *Wie beurteilen Sie den Stand der Umsetzung der Europäischen Charta der regionalen oder Minderheitensprachen?*

Wir haben im Deutschen Bundestag zum 20. Jubiläum der Europäischen



Foto: Klaus Brähmig

Neben seinem Engagement für die Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten hat sich Klaus Brähmig MdB über viele Jahre den Ruf eines Tourismusexperten im Deutschen Bundestag erworben

Charta der Regional- und Minderheitensprachen einen umfangreichen Antrag (17/11638) eingebracht und beschlossen, dass die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode einen Bericht zur Lage der hiesigen Minderheitensprachen vorlegt. In diesem Antrag werden die Bundesregierung und die Länder aufgefordert, sich verstärkt für die deutsche Sprachpflege und Sprachbindung bei den deutschen Minderheiten Europas im Rahmen der Hilfenpolitik und auswärtiger Kulturpolitik einzusetzen. Erst im vergangenen Jahr fand auf Initiative des Bundesministeriums des Innern und der Hanns-Seidel-Stiftung in rumänischen Hermannstadt eine Konferenz statt, die sich mit Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten beschäftigte. Dort kamen Gesprächspartner aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammen, um Erfolge und Probleme zu besprechen. Sicherlich ist im zusammenwachsenden Europa schon viel erreicht worden. Aber ich denke, gerade in einem freundschaftlichen und stetigen Dialog zu unseren europäischen Partnern können wir weitere Fortschritte erzielen.

Globus: *Wo liegt der Unterschied zwischen Minderheitenschutz und Anerkennung als autochthone Volksgruppe? Was halten Sie im Hinblick auf*

unsere deutschen Landsleute in Mittel- und Osteuropa für zielführend?

Die Definition von Minderheiten ist ein altes völkerrechtliches Problem, auf das bis heute keine allgemeingültige Antwort gegeben wurde. Durch die fehlende Klarheit der Begrifflichkeit bleibt auch die Definition des Minderheitenschutzes vage. Als autochthone Minderheiten werden Gruppen bezeichnet, die z. B. eine andere Sprache als die offiziell anerkannte Landessprache sprechen, aber schon seit langem Staatsbürger des Staates sind, d. h. als "alteingesessen" gelten, weil sie außerdem auf einem klar umrissenen Territorium leben. Die Vertreter dieser Theorie gehen u. a. davon aus, dass eine Volksgruppe mindestens drei Generationen im Aufnahmestaat leben muss und zudem territorial identifizierbar sein muss, d. h. nicht verstreut wohnen darf, um als autochthon anerkannt zu werden. Dies trifft auf die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa zu. Im Abschlussdokument der KSZE-Konferenz in Kopenhagen 1990 erkannten die Teilnehmerstaaten den Zusammenhang zwischen Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz an. Damit wurden Rechte festgelegt wie der Schutz vor Diskriminierung, das Recht auf Gleichbehandlung, auf den Gebrauch der Muttersprache und die Ausübung der jeweiligen Religion, das Recht auf Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Davon profitieren auch die deutschen Minderheiten im Ausland, wenngleich ich nicht verschweigen möchte, dass wir uns in manchen Fällen – wie beispielsweise beim muttersprachlichen Unterricht – größere Fortschritte wünschen. Hier gilt es, den kontinuierlichen und seit Jahren geführten Dialog mit den jeweiligen Regierungen fortzusetzen.

Globus: *Laut §96 Bundesvertriebenengesetz haben Bund und Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, Archive, Museen und Bibliotheken zu sichern, zu ergänzen und*

auszuwerten, sowie Einrichtungen des Kunstschaffens und der Ausbildung sicherzustellen und zu fördern. Sie haben Wissenschaft und Forschung bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus der Vertreibung und der Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge ergeben, sowie die Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu fördern. Ist das gelungen?

Ich denke ja, aber diese wichtige Aufgabe ist keineswegs abgeschlossen. Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Kulturförderung nach § 96 BVFG belegt faktenreich, dass in der letzten Legislaturperiode nachhaltig in den Erhalt und in die Pflege des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa investiert wurde. Es ist ein großer Erfolg, dass der Mittelansatz von knapp 13 Millionen Euro im Jahr 2005 auf jetzt 20 Millionen Euro angehoben wurde und damit fast das Niveau von 23 Millionen Euro im Jahr 1998 erreicht. Das zentrale Gedenkvorhaben der Bundesregierung in diesem Bereich – die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – ist jetzt auf einem unumkehrbaren Weg. Die Bundeskanzlerin hat im Juni 2013 mit dem Startsignal für den Baubeginn im Berliner Deutschlandhaus einen weiteren Meilenstein zur Verwirklichung des Dokumentationszentrums gesetzt. Damit unterstreicht die Bundesregierung ihre besondere Verantwortung für dieses wichtige Versöhnungsprojekt, für dessen möglichst raschen Aufbau sich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion weiterhin einsetzen wird. Aber auch die Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München oder die Sanierung von Baudenkmalern im Ausland wie der Kirchenburg im siebenbürgischen Radeln zeigt die Bandbreite, in der sich das Engagement von Bund und Ländern hinsichtlich des § 96 BVFG präsentiert.

Globus: *Die Vertriebenen werden von Jahr zu Jahr weniger. Gibt es für sie noch politische Ziele jenseits von Gedenken und „Geschichtspolitik“?*

Es ist eine Tatsache, dass wir uns beim Thema Vertreibung der Deutschen in der Generationenfolge langsam von

Vita

1957 geboren in Königstein. Sächsische Schweiz, verheiratet, eine Tochter. Ausbildung zum Elektrohandwerksmeister bei der Handwerkskammer Dresden.

Politische Ämter

seit 1990 Mitglied der CDU und Mitglied des Deutschen Bundestages. Aktuell Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Ordentliches Mitglied / Stellvertretender im Ausschuss für Tourismus des Deutschen Bundestages. Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuss des Deutschen Bundestages. Mitglied des Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Vorsitzender der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe.

Funktionen bei Vereinen, Verbänden und Stiftungen

Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Verwaltungsratsmitglied des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

der Erlebnisgeneration hin zur Kinder-, Enkel- und Urenkelgeneration bewegen. Aus diesem Grund halte ich es für eine politisch dringend gebotene symbolische Geste der Anerkennung dieses Schicksals, durch einen nationalen Gedenktag die Erinnerung an Flucht und Vertreibung wachzuhalten. Dies muss gelingen, solange die Erlebnisgeneration noch unter uns ist. An diesem Beispiel zeigt sich exemplarisch, wie wichtig Gedenken und Geschichtspolitik nach wie vor sind, denn sie berühren die Emotionen des Menschen. Unabhängig von Gedenken und Geschichte mache ich aber auch die Erfahrung, dass sich viele junge Menschen, deren Familien einen Vertriebenenhintergrund haben, für die alte Heimat ihrer Vorfahren interessieren und sich dort aktiv engagieren. Viele Organisationen und Einzelinitiativen pflegen grenzübergreifende Kontakte, die unerlässlich sind, um ein geeintes Europa zu

schaffen. Dieses zukunftsweisende Potential müssen wir als Politik unterstützen.

***Globus:** Was sind Ihre konkreten Forderungen an die Bundesregierung, um die Sprache und Identität unserer deutschen Landsleute in Mittel- und Osteuropa zu wahren und das deutsche Kulturerbe dort zu erhalten?*

Ich bin mir sicher, dass auf Seiten der Bundesregierung die Interessen unse-

rer deutschen Landsleute in Mittel- und Osteuropa beim neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten, meinem Kollegen Hartmut Koschyk, MdB sehr gut aufgehoben sind. Er kennt dieses Themenfeld seit vielen Jahren und hat sich nicht zuletzt als jahrelanger Bundesvorsitzender des Vereins für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland für die Pflege und Bewahrung der deutschen Sprache, Kultur und Identität engagiert. Wichtig

ist es, dass wir die finanzielle Förderung auf einem Niveau belassen, mit dem es gelingt, die Kultur der Deutschen im östlichen Europa zu bewahren und für nachfolgende Generationen erlebbar zu machen. Dieses sind wir den vielen Generationen von Landsleuten, die in diesen Gebieten gewirkt haben oder dies bis heute tun, schuldig.

Stellungnahme der Gruppe

Klares Bekenntnis der Koalition zu Aussiedlern, Vertriebenen und deutschen Minderheiten

Mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung lebendig halten

Foto: BY-SA



Klaus Brähmig

Am 27. November 2013 haben die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung vorläufig unterzeichnet. Dazu

erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig: „Union und SPD bekennen sich – wie in der letzten Großen Koalition – aus-

drücklich zu den Heimatvertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten in Osteuropa und haben deshalb im Koalitionsvertrag zentrale Anliegen dieser wichtigen Bevölkerungsgruppen vereinbart.

Auf Initiative der Union einigten sich die Koalitionspartner darauf, die mahnende Erinnerung an Flucht und Vertreibung von über zwölf Millionen Deutschen durch einen Gedenktag lebendig zu halten, die Kulturförderung des Bundes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz weiterzuentwickeln sowie das Konzept der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung umzusetzen. Ferner hält die Koalition an

den Möglichkeiten vertriebenenrechtlicher Aufnahme in Deutschland fest und setzt die Hilfen für die deutschen Minderheiten in den Herkunftsgebieten fort.

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat daher erfolgreich dafür Sorge getragen, dass die Anliegen dieser Bevölkerungsgruppen, denen auf ihr Betreiben hin bereits im Unions-Regierungsprogramm 2013 - 2017 erstmals ein eigenes Kapitel gewidmet war, im Koalitionsvertrag aufgenommen wurden.“

Thema Vertreibung fest in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert

Bund der Vertriebenen verliert mit Erika Steinbach eine herausragende Präsidentin

Foto: BY-SA



Erika Steinbach

Nach 16 Jahren an der Spitze des Bundes der Vertriebenen (BdV) hat dessen Präsidentin Erika Steinbach angekündigt, im Herbst nicht mehr erneut für den Vorsitz zu kandidieren. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Mit Erika Steinbach verliert der Bund der Vertriebenen eine herausragende Präsidentin, die in den vergangenen

16 Jahren das Bild von Deutschlands größter Vertriebenenorganisation maßgeblich geprägt und verändert hat.

Erika Steinbach hat sich seit 1998 außerordentliche Verdienste erworben, indem sie die Heimatvertriebenen wieder fest in der Mitte der deutschen Gesellschaft verankert und den BdV mit seinen zahlreichen lokalen wie regionalen Kontakten zu einer wertvollen Brücke zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn gemacht hat. Weit über den Tag hinaus gebührt Erika Steinbach große Anerkennung, das zu Zeiten einer rot-grünen Bundesregierung umstrittene Projekt einer nationalen Gedenk- und Dokumentationsstätte zu Flucht und Vertreibung angestoßen und gegen heftigsten Widerstand standhaft ver-

folgt zu haben. Ihr unbeirrtes Engagement für die Akzeptanz des Schicksals der Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik wird zunehmend, so bezeugen es zahlreiche Auszeichnungen und Portraits der ‚Grande Dame‘, von der Öffentlichkeit honoriert.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dankt Erika Steinbach sehr herzlich für ihren jahrelangen Einsatz als Präsidentin des Bundes der Vertriebenen. Sie wird auch weiterhin die Interessen der deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge sowie die bleibende Erinnerung an die Kultur der Deutschen im östlichen Europa als eines ihrer wichtigen politischen Anliegen betrachten.“

Siebenbürger Sachse mit Blick für die Themen der Zukunft

Bund der Vertriebenen schlägt Bernd Fabritius als neuen Präsidenten vor

Das Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) schlägt Bernd Fabritius als Nachfolger Erika Steinbachs im Amt des Präsidenten vor. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Brähmig:

„Bernd Fabritius ist ein ausgezeichnete Kandidat für die Wahl zum Präsidenten des Bundes der Vertriebenen in der Nachfolge von Erika Steinbach. Als Vorsitzender der Siebenbürger Sachsen in Deutschland und des Weltverbands seiner Landsmannschaft arbeitet er seit Jahren mit großem Engagement daran, die Brückenfunktion der deutschen Minderheiten in Mit-

tel- und Osteuropa für den Bereich der Völkerverständigung zu nutzen.

Dass der Vorsitzende einer aktiven Landsmannschaft sich um den Vorsitz von Deutschlands größter Vertriebenenorganisation bewirbt, zeugt von der großen Zukunftsorientierung des Themas. Zugleich verkörpert die Kandidatur einen Generationswechsel. Es sind erfolgreiche Praktiker der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie Bernd Fabritius, die in der Lage sind, die Themen Flucht und Vertreibung der Deutschen mit der europäischen Verständigung und Freundschaft zu verbinden. Sein erfolgreiches Wirken, insbesondere für die Siebenbürger Sachsen, wird nicht nur in Deutschland, sondern auch euro-

paweit und in besonderem Maße in Rumänien anerkannt.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag freut sich, dass der erste stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten sich um dieses wichtige Amt des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen bewirbt.“



Foto: Sava München

Bernd Fabritius

Nationaler Gedenktag an Flucht und Vertreibung stärkt die Erinnerungskultur

Koalition löst Versprechen gegenüber den Vertriebenen ein

Foto: Henning Schacht - berlinpressphoto



Stephan Mayer

Das Bundeskabinett hat am 27. August 2014 beschlossen, zukünftig am 20. Juni den Gedenktag für Flucht und Vertreibung zu begehen. Dazu erklären der in-

nenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Mayer, und der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, Klaus Brähmig:

Stephan Mayer: „Der lange gehegte Wunsch, dem Schicksal der Opfer von Flucht und Vertreibung in angemessener Art und Weise jährlich zu gedenken, ist in Erfüllung gegangen. Mit dem Gedenktag entspricht das Bundeskabinett einem Kernanliegen der CDU/CSU-Fraktion. Sie hat das Anliegen intensiv vorangetrieben und im Koalitionsvertrag festgehalten.

Das unermessliche Leid der Millionen von Deutschen, die durch Vertreibung, Zwangsumsiedlung und Deportation ihre Heimat verlassen mussten, darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Erinnerung und die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der Vertriebenen sind auch fast 70

Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von herausragender Bedeutung. Die erfolgreiche Aufnahme und die Integration der Vertriebenen nach dem Krieg ist eine der großen gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Bundesrepublik. Der Wille zu Versöhnung und Neuanfang ist einer der wesentlichen Pfeiler des geeinten Europas. Die Vertriebenen haben auch hieran einen wichtigen Anteil.

Klaus Brähmig: „Dieser Gedenktag ist ein wichtiges Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen und ein weiterer wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen Anerkennung ihres Schicksals. Der Gedenktag gibt der Erlebnissgeneration die Chance, ihren Frieden zu schließen mit dem Thema Flucht und Vertreibung. Die deutschen Heimatvertriebenen leisteten einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau unseres demokratischen Gemeinwesens. Mit dem nationalen Gedenktag werden diese Leistungen angemessen gewürdigt.

Mit dem Gedenktag erweitern wir zugleich auch das Verständnis für die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Dem wachsenden Interesse unserer östlichen Nachbarn an diesem Teil ihrer Geschichte können wir entgegenkommen, indem wir auch in Deutschland das Bewusstsein für einen vom europäischen Geist geprägten Dialog über die ge-

meinsame Vergangenheit und Zukunft befördern.

Die Verbindung dieses Gedenktages mit dem Weltflüchtlings-

tag setzt dabei ein klares Zeichen dafür, dass wir Vertreibungen weltweit ächten und den Gedanken der Versöhnung und Völkerverständigung stärken wollen. Denn nach wie vor werden weltweit Menschen zu Opfern von Flucht und Vertreibung. Humanitäre Hilfe für diese Menschen ist ein Gebot der Nächstenliebe, aber auch ein Signal für Recht und Freiheit gegen Unterdrückung und Verfolgung. Auch ihnen werden wir am 20. Juni gedenken.“

Hintergrund:

Der Beschluss der Bundesregierung sieht vor, ab dem Jahr 2015 jährlich am 20. Juni den „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ zu begehen. Der 20. Juni ist gleichzeitig Weltflüchtlingsstag, dieser Tag wurde im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen dazu ausgerufen.



Klaus Brähmig

Foto: BY-SA

Bundeskanzlerin Angela Merkel unterstützt die Belange von Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten

Vorstand der Gruppe zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel

Zu einem Gespräch über die aktuellen Anliegen der Heimatvertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten traf der Vorstand der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag am 24. September 2014 mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zusammen. Bei dem Gespräch, an dem auch der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hart-

mut Koschyk teilnahm, dankten die Teilnehmer der Bundeskanzlerin für ihren Einsatz bei der Umsetzung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung, der ab dem Jahre



Foto: Bundesregierung / Steins

v.l.: Heinrich Zertik, Bernd Fabritius, Angela Merkel, Silke Launert, Klaus Brähmig, Eckhard Pöls

2015 bundesweit begangen werden soll und auch den deutschen Heimatvertriebenen in besonderer Weise gedenkt. Gesprochen wurde unter anderem auch über Perspektiven für die

Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz, deren weitere Ausgestaltung Teil des Koalitionsvertrages ist. Die für die Erinnerung an Flucht und Vertreibung zentrale Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung war ebenso Thema des Gesprächs wie das Engagement Deutschlands zur Förderung des muttersprachlichen Unterrichts für die deutschen Minderheiten, die bis heute zahlreiche Regionen in Ost- und Südosteuropa prägen. Dabei wurde deutlich, dass sowohl die Vertriebenen und Aussiedler als auch die deutschen Minderheiten eine we-

sentliche Brückenfunktion zu den europäischen Nachbarn übernehmen und ihre Rolle gerade auch mit Blick auf die Zukunft von größter Bedeutung ist.

Stefan Hell erhält den Chemie-Nobelpreis 2014

Im Banat beginnen Karrieren großer Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kultur



Stefan Hell

Göttingen forschenden Wissenschaftler Stefan Hell verliehen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

Die Königlich-Schwedische Akademie der Wissenschaften hat den diesjährigen Chemie-Nobelpreis an den aus dem Banat stammenden und heute in

„Stefan Hell stammt aus Sanktanna im rumänischen Banat und besuchte das 'Nikolaus-Lenau'-Gymnasium in Temeswar. Nach der Auszeichnung von Herta Müller mit dem Nobelpreis für Literatur im Jahre 2009 ist die diesjährige Verleihung des Nobelpreises für Chemie an Stefan Hell das zweite Mal, dass binnen weniger Jahre ein ehemaliger Schüler dieser bedeutendsten muttersprachlich deutschen Schule im Banat mit dem Nobelpreis geehrt wird.

Diese beiden Auszeichnungen belegen eindrucksvoll die hohe Qualität der Bildung, die das muttersprachlich deutsche Schulwesen in Rumänien in den unterschiedlichsten Disziplinen

bis heute erbringt. Die Verleihung des Nobelpreises an Stefan Hell ist ein Auftrag an unser Land, die in Siebenbürgen und im Banat verbliebene deutsche Minderheit auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen und dem rumänischen Staat bei der Aufrechterhaltung des deutschsprachigen Schulwesens im Banat und in Siebenbürgen hilfreich zur Seite zu stehen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gratuliert Stefan Hell sehr herzlich zur Verleihung des diesjährigen Nobelpreises für Chemie und zollt ihm größten Respekt für seine wissenschaftlichen Leistungen.“

Erfolgreicher Generationswechsel beim Bund der Vertriebenen

Siebenbürger Sachse Bernd Fabritius folgt Erika Steinbach im Präsidentenamt



Foto: Jan Hini, Büro MdB Fabritius

v.l.: Erika Steinbach, Bernd Fabritius

Am 7. November 2014 hat der Bund der Vertriebenen (BdV) den CSU-Bundestagsabgeordneten Bernd Fabritius zum Nachfolger von Erika Steinbach als Präsidenten gewählt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Mit der Wahl des CSU-Bundestagsabgeordneten Bernd Fabritius zum neuen Präsidenten hat der BdV einen Generationswechsel vollzogen. Dieser wird das Bild des BdV in der Zukunft maßgeblich prägen. In der Nachfolge und auch Kontinuität des erfolgreichen 16-jährigen Wirkens von Erika Steinbach wird Bernd Fabritius nicht nur die Interessen der Vertriebenen erfolgreich vertreten. Vor dem Hintergrund seiner eigenen Biografie wird er verstärkt auch die Interessen der Spätaussiedler und die in den Herkunftsgebieten lebenden deutschen Minderheiten mit in den Blick nehmen. Dass es für den Bund der Vertriebenen ein in die Zukunft gerichtetes Aufgabenfeld gibt, steht außer Frage. Der Generationswechsel unterstreicht darüber hinaus die Aktualität des Themas Flucht und Vertreibung.

Erika Steinbach hat in ihrer Präsidentschaft die Arbeit des Bundes der Vertriebenen maßgeblich geprägt. Auf Bundesebene geht nicht zuletzt das im Aufbau befindliche nationale Gedenk- und Dokumentationszentrum zu Flucht und Vertreibung auf ihre Initiative zurück. Die CDU/CSU-Fraktion dankt Erika Steinbach sehr herzlich für ihren jahrelangen Einsatz als Präsidentin des BdV und wünscht ihrem Nachfolger Bernd Fabritius für die Ausfüllung des neuen Amtes viel Erfolg. In der Fortsetzung des etablierten Dialogs mit dem BdV wird sich die CSU/CSU-Fraktion auch zukünftig den Interessen der Vertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und deutschen Minderheiten in besonderer Weise widmen.“

„Schwarze Null“ geht nicht zu Lasten der Aussiedler und deutschen Minderheiten

Bundeshaushalt 2015 ohne Kürzungen in diesen wichtigen Politikbereichen

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat den Etat 2015 ohne neue Schulden beschlossen. Notwendige Einsparungen gehen dabei nicht zu Lasten der Aussiedler und deutschen Minderheiten. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Der Bundeshaushalt 2015 kommt zum ersten Mal seit dem Jahre 1969

ohne die Aufnahme neuer Schulden aus. Es ist ein großer Erfolg für CDU und CSU, dass die dazu erforderlichen Einsparungen zur Erreichung der ‚Schwarzen Null‘ nicht zu Lasten der Aussiedler und deutschen Minderheiten gehen. Den Haushaltspolitikern der Koalition, die dieses bedeutende Ergebnis möglich gemacht haben, gilt dafür großer Dank und Anerkennung. Die Hilfen für die deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa sind ein Kernanliegen, dem sich die Union auch in der Zukunft

mit Nachdruck und im Dialog mit den europäischen Nachbarn widmen wird. Das Gleiche gilt für die Aussiedler und Spätaussiedler, die in unserem Land eine neue Heimat finden und unserer Gesellschaft zahlreiche neue Impulse geben. Ein Bundeshaushalt ohne neue Schulden, der sich künftigen Generationen verpflichtet und zugleich die Verantwortung gegenüber der Geschichte übernimmt, ist ein wichtiges Signal für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.“

Wahl von Klaus Johannis stärkt die deutsch-rumänische Freundschaft

Siebenbürger Sachse Klaus Johannis gewinnt die zweite Runde der Präsidentschaftswahl in Rumänien



Foto: Klaus Brähmig

v.l.: Klaus Johannis, Klaus Brähmig

Am 16. November 2014 hat der Kandidat der Christlich-Liberalen Allianz (ACL), Klaus Johannis, den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl

in Rumänien gewonnen. Der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig, der mit Klaus Johannis im Sommer 2014 in Hermannstadt zu einem Gedankenaustausch zusammentraf, kommentiert das Wahlergebnis:

„Die Wahl von Klaus Johannis zum Präsidenten von Rumänien kann als historisch bezeichnet werden. Sie zeugt von der Toleranz der rumänischen Mehrheitsgesellschaft, auch einen überzeugenden Kandidaten aus den Reihen der im Lande ansässigen nationalen Minderheiten zu ihrem Staatsoberhaupt zu bestimmen. Noch nie in der Geschichte Rumäniens erzielte ein einer Minderheit entstammender Kandidat ein so hohes Ergebnis bei einer rumänischen Präsidentschaftswahl.“

Der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis kann als Bürgermeister von Hermannstadt/Sibiu auf viele Jahre erfolgreichen politischen Wirkens zurückblicken. Seine Wahl ist ein hervorragendes Zeichen für die Stärkung der deutsch-rumänischen Freundschaft. Dabei wird die weitere wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens ebenso im Mittelpunkt der zwischenstaatlichen Beziehungen stehen wie die weitere Vertiefung der europäischen Einigung. Das besondere Bekenntnis der Unionsparteien zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Rumänien findet auch unter der Präsidentschaft von Klaus Johannis seine Fortsetzung.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gratuliert Klaus Johannis zu seiner Wahl und wird die Vertiefung der deutsch-rumänischen Freundschaft auch in Zukunft nach Kräften unterstützen.“

Aus der Gruppensitzung

Nationaler Gedenktag an Flucht und Vertreibung Parlamentarischer Staatssekreär Günter Krings informiert



Foto: Steven Rösler

v.l.: Klaus Brähmig, Günter Krings

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Günter Krings, informierte die Gruppe vor der parlamentarischen Sommerpause über den Sachstand zur Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten nationalen Gedenktages

zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Das Bundeskabinett beschloss Ende August die Einführung dieses Gedenktages, der ab dem Jahre 2015 immer am 20. Juni begangen werden soll. Die Federführung zur Ausgestaltung liegt dabei beim Bundesministerium des Innern.

Wenn auch in der Vergangenheit andere Termine für diesen Gedenktag zur Diskussion standen, so zeichnete sich in der vergangenen wie auch der aktuellen Wahlperiode des Deutschen Bundestages ab, dass es mit den Koalitionspartnern FDP und SPD zu keiner

Einigung auf ein anderes Datum gekommen wäre. Die Verbindung des Gedenkens mit dem Weltflüchtlings-tag der Vereinten Nationen verdeutlicht darüber hinaus, dass bis zum heutigen Tage Millionen Menschen vom Schicksal von Flucht und Vertreibung betroffen sind. Die deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge an der Ausgestaltung des Gedenktages zu beteiligen wird wichtig sein, um die Würdigung des Schicksals der deutschen Erlebnissgeneration in angemessener Form in den bundesweiten Gedenktag zu integrieren.

Situation der deutschen Minderheit in der Ukraine

Botschafter Pavlo Klimkin zu Gast in der Gruppe

Wenige Wochen vor seiner Ernennung zum Außenminister der Ukraine berichtete der Botschafter des Landes in Deutschland, Pavlo Klimkin, im Gespräch mit Mitgliedern der Gruppe über die aktuelle politische Situation im Lande unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Minderheit. Insbesondere im Hinblick auf die Lage auf der Krim

wurde betont, dass sich die dortige deutsche Minderheit, entgegen den in der Presse zu vernehmenden Stimmen, loyal zur Ukraine verhalte und sich vom Rat der Deutschen in der Ukraine vertreten sehe. Botschafter Klimkin betonte die Bedeutung, die



v.l.: Matthias Hauer, Bernd Fabritius, Ute Bertram, Pavlo Klimkin, Julia Bartz, Klaus Brähmig

Foto: Klaus Brähmig

Russland geprägte Sichtweise auf den Konflikt und seine historischen Hintergründe zu korrigieren. Der Darstellung, die Ukraine sei durch eine gemeinsame Geschichte und ethnisch-kulturelle Verbundenheit das natürliche Einflussgebiet Russlands und verfüge daher nur über eingeschränkte Sou-

sein Land den Minderheiten zumesse. Vor allem die deutsche Minderheit stehe für die wichtige Brückenfunktion zu Europa.

Ebenfalls kam die Notwendigkeit zur Sprache, die teilweise einseitig von

veränität wie auch der weitverbreiteten Kennzeichnung der Proteste auf dem Maidan in Kiew als von faschistischen Gruppen gesteuert und geprägt, wurde widersprochen.

Fürsprecher für Aussiedler und nationale Minderheiten

Hartmut Koschyk ist neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Die Gruppe begrüßte den Bayreuther Bundestagsabgeordneten Hartmut Koschyk in seiner neuen Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, die er seit dem 8. Januar 2014 innehat. Als langjähriger Vorsitzender der Gruppe zwischen 1990 und 2002 sind für ihn die Interessen der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten seit Jahren nicht nur eine politische Aufgabe, sondern ein echtes Herzensanliegen. Vor allem durch seine aus Oberschlesien stammenden



v.l.: Helmut Sauer, Klaus Brähmig, Silke Launert, Hartmut Koschyk, Heinrich Zertik

Foto: Steven Rösler

wollen. Dabei steht die Kontaktaufnahme zu den deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa ebenso im Fokus wie die Pflege der Beziehungen zu den Vertretern der Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland und den GUS-Staaten. Die Beibehaltung des Amtes unterstreicht, dass die unionsgeführte Bun-

Eltern kennt er das Thema Flucht und Vertreibung aus familiärer Erfahrung. Hartmut Koschyk kündigte an, in der Kontinuität seines Vorgängers im Amte, Christoph Bergner, tätig sein zu

desregierung diesem politisch wichtigen Themengebiet auch künftig ihre volle Aufmerksamkeit zukommen lassen wird.

Spätaussiedler zeigen großes Interesse an Deutschland

Neuer Vorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zu Gast in der Gruppe

Als erste Organisation aus dem politischen Bereich begrüßte die Gruppe den neuen Vorstand der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland. Der neue Bundesvorsitzende Waldemar Eisenbraun informierte



Foto: Steven Rösler

v.l.: Thomas Herzog, Hartmut Koschyk, Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Waldemar Eisenbraun, Michael Hammer, Ernst Strohmaier, Johann Thießen, Alexander Vollmert, Alexander Rupp

die Parlamentarier über das nach wie vor große Interesse seiner in den Herkunftsgebieten verbliebenen Landsleute an einer Ausreise nach Deutschland als Spätaussiedler. Hier bietet die Landsmannschaft an, Aufklärungsarbeit zu leisten und das Grenzdurchgangslager Friedland als Erstaufnah-

meeinrichtung für Spätaussiedler in Deutschland bei seinen diesbezüglichen Aufgaben zu unterstützen. Die künftige Einrichtung eines Museums zur Darstellung der Geschichte der Deutschen aus Russland wird der Gruppe als großes Anliegen der Landsmannschaft präsentiert. Die Lands-

mannschaft ist bereit, an der Konzeption eines solchen Museumsprojektes mitzuwirken. In der Frage der Finanzierung muss in einem ersten Schritt nach einem Partner unter den Bundesländern gesucht werden, da der Bund keine Vollfinanzierung übernimmt. Hilfreich bei der Schaffung von öffentlicher Aufmerksamkeit kann

dabei die Kooperation mit prominenten Vertretern der Deutschen aus Russland sein. Ein exzellentes Beispiel in diesem Bereich ist die seit vielen Jahren hervorragende Zusammenarbeit der Siebenbürger Sachsen mit dem Sänger Peter Maffay.

Historisches Strandgut der edelsten Art

Galerie Neuse aus Bremen präsentiert Silberkunstschätze aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten Europas

Auf Einladung der Gruppe präsentierte die Bremer Galerie Neuse eine Auswahl historisch bedeutender Silberkunstschätze aus den Gebieten des früheren deutschen Ostens, die aus dem 16. bis 19. Jahrhundert stammen. Der Historiker



Foto: Steven Rösler

v.l.: Sven Oole, Alexander Vollmert, Achim Neuse, Klaus Brähmig, Volker Wurster, Michael Stürmer, Heinrich Zertik, Matthias Hauer

Michael Stürmer ordnete die Sammlung und die Bedeutung von Silberkunst in ihren historischen Zusammenhang ein. Die aufgrund von Krieg und Zerstörung äußerst seltenen Silberkunstwerke, die in ihrer Art im-

mer auch Weltgeschichte widerspiegeln, waren oftmals Schenkungen an die Kirche. Die Sammlung, die einen wesentlichen Beitrag zum immerwährenden Gedächtnis der Nation

darstellt, ist im Umfang ihrer Erhaltung weltweit einzigartig und zeigt den hohen Grad an künstlerischer Prägung dieser Regionen. Die Werke verdeutlichen, dass die Erinnerung an die ehemaligen deutschen Ostgebiete nicht nur durch die Trauer des Verlusts gekennzeichnet sein

sollte, sondern der Nachwelt in einer öffentlich zugänglichen Weise auch etwas von der großartigen Geschichte, hier in Form der Silberkunstwerke, überliefert werden muss.

2014 als Jahr des Gedenkens an den Ersten Weltkrieg Gründung des Sudetendeutschen Museums in München

Der Sonderbeauftragte des Auswärtigen Amtes für die Gedenkfeierlichkeiten aus Anlass des 100. Jahrestags des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, Andreas Meitzner, informierte die Gruppe über die Planungen des Auswärtigen Amtes zu diesem historischen Ereignis. So veranstaltet das Auswärtige Amt eine Veranstaltungsreihe mit Podiumsdiskussionen, an denen namhafte Experten teilnehmen. Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe wird der Frage nachgegangen, welche Lehren aus der Juli-Krise des Jahres 1914 und dem Ersten Weltkrieg für die heutige Außenpolitik gezogen werden könnten.



v.l.: Arno Kirchhof, Andreas Meitzner, Elisabeth Fendl, Klaus Brähmig, Ute Bertram, Bernd Fabritius, Silke Launert, Heinrich Zertik, Helmut Sauer, Hartmut Koschyk

Foto: Steven Rösler

sche Museum in München, Elisabeth Fendl, berichtete über den derzeitigen Stand der Planungen des Museumsprojekts, für das eine Dauerstellung mit 1.200 Quadratmetern Grundfläche vorgesehen ist. Inhaltlich soll im Rahmen der Ausstellung auch das Leben nach 1945 dargestellt werden. Schwerpunkt der Ausstellung seien die Deutschen

Auf der Ebene der Museen in Deutschland planen das Deutsche Historische Museum in Berlin und das Militärgeschichtliche Museum in Dresden große Sonderausstellungen zum Ersten Weltkrieg.

Die Gründungsbeauftragte für das im Entstehen begriffene Sudetendeut-

aus den böhmischen Ländern. Die Themen der Konflikte zwischen den Nationalitäten, die NS-Zeit und die spätere Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen bildeten den Kern der geplanten Ausstellung.

Landsmannschaft Schlesien mit neuer Spitze

Bundsvorsitzender Stephan Rauhut zu Gast bei der Gruppe

Der neue Bundesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Stephan Rauhut, stellte sich den Mitgliedern der Gruppe vor. Im Gespräch wurden verschiedene Themen von gegenseitigem Interesse erörtert. Das starke grenzüberschreitende Engagement der Landsmannschaft im deutschen und polnischen Teil Schlesiens soll auch in Zukunft einen wesentlichen Markenkern der Arbeit der Landsmannschaft darstellen. Hinsichtlich der symbolträchtigen Themen wie dem nationalen Gedenktag



v.l.: Hartmut Koschyk, Ute Bertram, Stephan Rauhut, Erika Steinbach, Klaus Brähmig, Stephan Mayer, Heinrich Zertik

Foto: Steven Rösler

denktag überhaupt in den Koalitionsvertrag aufgenommen worden sei, sei ein großer Erfolg. Im Hinblick auf das deutsch-polnische Verhältnis wird auf die Kooperation der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit der tschechischen Seite Bezug genommen, die sich sehr positiv

zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung wird von der Gruppe betont, dass die in jüngster Zeit erzielten Fortschritte nicht ohne das Engagement von Bundeskanzlerin Angela Merkel möglich gewesen seien. Die Tatsache, dass der bundesweite Ge-

entwickelt habe. Es sei wünschenswert, im deutsch-polnischen Verhältnis Ähnliches im Falle Schlesiens zu erreichen, wobei ein gemeinsames Auftreten der Landsmannschaften Schlesien und Oberschlesien als sinnvoll erachtet werde.

Freundschaftlicher Dialog unter Partnern

Botschafter von Rumänien begrüßt Mitglieder der Gruppe

Erstmals konnte der rumänische Botschafter in Deutschland, Lazar Comanescu, Mitglieder des Deutschen Bundestages zu einer Arbeitssitzung in den Räumen der Botschaft begrüßen. Er betonte den langjährigen und freundschaftlichen Dialog mit der Gruppe und verwies auf den großen Stellenwert, den die

deutsche Minderheit in Rumänien unter seinen Landsleuten genieße. Eine jüngst durchgeführte Umfrage habe dieses Bild bestätigt. Vor allem betonte er die historische Loyalität der deutschen Minderheit zu Rumänien, die für die Geschichte sei-



v.l.: Christoph Bergner, Stephan Mayer, Marian Wendt, Silke Launert, Bernd Fabritius, Lazar Comanescu, Klaus Brähmig, Matthias Hauer, Heiko Schmelzle

Foto: Steven Rösler

nes Landes stets von besonderer Bedeutung gewesen sei. Mit Blick auf die Gegenwart und Zukunft wurde insbesondere das große Interesse am Unterricht in der deutschen Sprache thematisiert und eine weitere Vertiefung

des diesbezüglichen Dialogs für den Herbst angekündigt. Im Hinblick auf die Delegationsreise von Vertretern der Gruppe nach Rumänien im Sommer sprach Botschafter Comanescu von dem großen und wachsenden Interesse, das deutsche Parlamentarier an seinem Lande zeigten. Er hoffe, dass zukünftig auch die Zeugnisse der Baukunst -

zum Beispiel die Kirchenburgen in Siebenbürgen - mehr Beachtung fänden, da sie für den Beitrag der Deutschen an der Kultur Rumäniens stünden. Es wurde eine Fortsetzung dieses Arbeitsdialogs vereinbart.

Wertvolles Kulturgut der Deutschen im östlichen Europa

Gespräch der Gruppe mit dem Vertreter der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Michael Roik

Um über die im Koalitionsvertrag vereinbarte Weiterentwicklung der „Konzeption 2000“ zur Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz zu diskutieren, traf sich die Gruppe mit dem Gruppenleiter „Geschichte und Erinnerung“

bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Michael Roik, und den Referatsleitern Thomas Lindner und Nicole Zeddies. Die Gruppe betonte, es sei wichtig, das in der Gegenwart noch verbleibende



v.l.: Hartmut Koschyk, Ute Bertram, Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Michael Roik, Bernd Fabritius, Silke Launert, Eckhard Pols, Stephan Mayer, Nicole Zeddies, Thomas Lindner, Helmut Sauer

Foto: Steven Rösler

Zeitfenster zu gestalten, in dem die Erlebnissgeneration von Flucht und Vertreibung noch vertreten und auskunftsfähig sei. Durch die europäische Einigung sei das Thema der Kultur der Deutschen im östlichen Euro-

pa hochaktuell, und die Wissenschaft zeige eine hohe Akzeptanz für diesen Bereich. Auf Bundesebene gelte es nun, die weitere Entwicklung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung zu unterstützen. Um die Wahrnehmung der Aufgaben auch in der Zukunft zu gewährleisten, wur-

de die gemeinsame Verantwortung des Bundes und der Länder für die Finanzierung der Kulturarbeit gemäß §96 BVFG betont.

Erinnerung an die Toten der Kriege bleibt Mahnung für Gegenwart und Zukunft

Präsident des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge informiert die Gruppe über die gegenwärtige Arbeit

Die auf Versöhnung ausgerichtete Arbeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die neben der Pflege der Kriegsgräberstätten im Ausland auch die Bildungs- und Jugendarbeit umfasst, war Thema des Gedankenaustauschs zwischen der Gruppe und dem Präsidenten des Volksbunds, Außenminister a.

D. Markus Meckel. Als Einrichtung aus der Mitte der Gesellschaft kümmert sich der Volksbund seit seiner Gründung im Jahre 1919 und insbesondere seit der im Jahre 1952 erfolgten Wiederaufnahme seiner Arbeit um 832 Friedhöfe in 45 Ländern. Hierfür finden im Jahre 2014 unter anderem 60 Workcamps mit Jugendlichen statt. Darüber hinaus gibt es Ko-



v.l.: Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Helmut Nowak, Martin Schmidt, Markus Meckel, Bernd Fabritius, Heinrich Zertik

Foto: Steven Rösler

immer mehr zu Orten der Gedenkkultur für Frieden und Versöhnung werden. Daher verfolgt der Volksbund das Ziel, Friedhöfe künftig mit begleitenden Ausstellungen thematisch einzuordnen. Auch für die Zukunft erhofft sich die Organisation hierbei die Un-

operationen mit der Bundeswehr und ausländischen Streitkräften, die gemeinsame Projekte durchführen. Gemeinsame Gedenkveranstaltungen auf den Kriegsgräberstätten finden daher in regelmäßigen Abständen statt. Haben die Friedhöfe heute immer noch eine große Bedeutung als Orte individueller Trauer um die Gefallenen, werden sie in der Zukunft

terstützung des Deutschen Bundestages. Die Gruppe erklärte ihre große Bereitschaft, Hilfe zu leisten und die gesellschaftlich wertvolle Arbeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge auch in der Zukunft politisch zu unterstützen.

Bundesministerium des Innern bekräftigt sein Engagement für Aussiedler und deutsche Minderheiten

Bundesminister Thomas De Maizière im Dialog mit der Gruppe



Foto: Klaus Brähmig

v.l.: Thomas de Maizière, Klaus Brähmig

Die Umsetzung der 10. Novelle des Bundesvertriebenengesetzes und der damit verbundene Anstieg im Zuzug von Spätaussiedlern war ein Thema des Gesprächs zwischen Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Gruppe. Die weitere Unterstützung der deutschen Minder-

heiten in Ost-, Mittel- und Südosteuropa bildete den zweiten Schwerpunkt. Die Gruppe dankte dem Minister für die Unterstützung bei der Umsetzung des bundesweiten Gedenktags zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung. Es sei wünschenswert, ab dem Jahr 2015 eine Tradition zu begründen, die dieses wichtige Gedenkanliegen in die Zukunft und in das Bewusstsein einer breiten Öffentlichkeit in Deutschland trage.

Das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa Haushaltspolitiker Kruse zur Kulturförderung des Bundes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz

Im Vorfeld der politischen Beratungen über den Bundeshaushalt 2015 führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit dem Berichterstatter für den Bereich Kultur- und Medien und das Bundeskanzleramt im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, Rüdiger Kruse, durch. Dabei standen die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz im Mittelpunkt des Gesprächs.

Als ein wesentlicher Beitrag zur Unterstützung wurde dabei die Etablierung weiterer Kulturreferentenstellen erbeten, die sich im Rahmen der kul-



v.l.: Kurt J. Rossmanith, Bernd Fabritius, Stephan Mayer, Rüdiger Kruse, Klaus Brähmig, Heinrich Zertik

turellen Breitenarbeit der Erhaltung der Kulturtraditionen der verschiedenen deutschen Siedlungsbiete im Bewusstsein der Bevölkerung widmen. Außerdem wurde der Plan erörtert, die kommenden zehn Jahre bis zum 300. Geburtstag des aus Königsberg stammenden Philosophen Immanuel Kant zu nutzen, um sich im Rahmen

tischen Differenzen der Gegenwart fortzusetzen. Außerdem wurde erörtert, die Bestände des Museums Stadt Königsberg in Duisburg mit seinen Sammlungen zur ostpreußischen Provinzhauptstadt sowie zu Immanuel Kant und Käthe Kollwitz in das Ostpreußische Landesmuseum nach Lüneburg zu überführen.

Foto: Steven Rösler

Dialog der Jugend diesseits und jenseits der Oder Gruppe im Gespräch mit dem Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks, Stephan Erb

Um über die Arbeit des Deutsch-Polnischen Jugendwerks und seine Bedeutung für die Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen zu sprechen, traf sich die Gruppe zu einem Gedankenaustausch mit dessen Geschäftsführer Stephan Erb. Dabei wurde unter anderem deutlich, dass polnische Jugendliche ihr Deutschlandbild vielmehr an der Gegenwart als an der Geschichte ausrichten. Trotzdem gibt es



v.l.: Heinrich Zertik, Ute Bertram, Anita Schäfer, Klaus Brähmig, Stephan Erb, Peter Beyer, Heiko Schmelzle

zahlreiche vom Jugendwerk geförderte Begegnungen, die die gemeinsame Geschichte zum Thema haben. Ein Beispiel stellt in diesem Zusammen-

hang die Pflege von Kriegsgräberstätten dar, die in Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge durchgeführt wird. Für die Frage der Förderwürdigkeit steht für das Jugendwerk weniger der konkrete Inhalt eines Austauschprogramms im Mittelpunkt. Viel stärker fällt das grundsätzliche Ziel ins Gewicht, ob eine Veranstaltung dem gegenseitigen Austausch und Verstehen beider Länder förderlich ist.

Foto: Steven Rösler

Erinnerungstransfer ist zentrale Aufgabe der Gegenwart

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Monika Grütters im Dialog mit der Gruppe

Als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ist Staatsministerin Monika Grütters für den gesellschaftlich bedeutenden Bereich der Pflege und des Erhalts des kulturellen Erbes der Deutschen im

östlichen Europa zuständig. Die auf Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetz geförderten Einrichtungen, die sich über das gesamte Bundesgebiet verteilen, leisten einen wichtigen



v.l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Ute Bertram, Monika Grütters, Bernd Fabritius, Stephan Mayer

Foto: Steven Rösler

menarbeit geprägt.

Eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre ist dabei der Erinnerungstransfer von der Erlebnisgeneration zur Geschichtsgeneration. Dazu soll unter anderem die wissenschaftliche Forschung zu Flucht und Vertreibung verstärkt werden. Auch die Demografiefestigkeit von Instituti-

Beitrag, die Geschichte der deutschen Siedlungsgebiete im Osten Europas im Bewusstsein des Landes zu erhalten. Diese Arbeit wird fortschreitend vom Geiste der europäischen Zusam-

men spielt bei der Sicherung des kulturellen Erbes eine wichtige Rolle.

Bundesregierung steht zu ihrer Verantwortung für Aussiedler und nationale Minderheiten

Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk informiert

Bereits zum zweiten Mal seit seiner Ernennung zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten informierte Hartmut Koschyk die Gruppe über aktuelle Entwicklungen in diesem Bereich.

Im Bereich der Aussiedleraufnahme gelte es, die 10. Novelle des Bundesvertriebenengesetzes umzusetzen, die seit 2013 Härtefallregelungen im Bereich des Familiennachzugs von



v.l.: Stephan Mayer, Hartmut Koschyk, Bernd Fabritius, Heiko Schmelzle

Foto: Steven Rösler

Minderheiten im Ausland. Das volle Augenmerk der Bundesregierung erfahre hier die Förderung des muttersprachlich deutschen Schulwesens, beispielsweise in Rumänien und Polen. Zahlreiche Besuche des Beauftragten bei den deutschen Minderheiten vor

Aussiedlern und in Fragen des Spracherwerbs erleichtert. Den dadurch entstehenden höheren Fallzahlen gerecht zu werden, sei die Aufgabe der Gegenwart. Außerdem behandelte man im Gespräch die vom Beauftragten ebenfalls betreuten deutschen

Ort machten deutlich, dass die Bundesregierung der Pflege des Deutschtums in den traditionellen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa nach wie vor einen hohen Stellenwert beimesse.

Das "Gedächtnis des deutschen Ostens" feiert Jubiläum

25. Jahrestag der Gründung des Lastenausgleichsarchivs Bayreuth



Foto: Klaus Brähmig

Stephanie Jost begrüßt die Teilnehmer der Festveranstaltung

Mit einer Feierstunde in Anwesenheit des Präsidenten des Bundesarchivs Michael Hollmann und des Präsidenten des Bundesausgleichsamtes Florian Scheurle beging man in Bayreuth

den 25. Jahrestag der Gründung des Lastenausgleichsarchivs. Als "Gedächtnis des deutschen Ostens" dokumentiert das Lastenausgleichsarchiv unter anderem den im Rahmen des Lastenausgleichs erfassten Gesamtschaden an deutschem Eigentum und Vermögen in den Vertreibungs- und Aussiedlungsgebieten. Weiterhin existieren in den Bayreuther Beständen eine Ost-Dokumentation mit 8.000 Erlebnisschilderungen und 18.000 ausgefüllte Fragebogenberichte zum Vertrei-

bungsgeschehen und Schicksal der deutschen Vertriebenen sowie Unterlagen zur Flucht über die Ostsee im Jahre 1945. Diese sind eine unschätzbare Quelle für die Wissenschaft, aber auch für Menschen, die mehr über das Schicksal ihrer Familien erfahren möchten. Im Hinblick auf die geplante Überführung der Lastenausgleichsverwaltung der Länder auf die Bundesebene bot dieser Festakt die Gelegenheit, an die Geschichte des Lastenausgleichs und seine Bedeutung für die Betroffenen zu erinnern. Außerdem wurde für die Einwohner Frankens die Wanderausstellung "Angekommen. Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland" des Zentrums gegen Vertreibungen der Öffentlichkeit präsentiert.

Ostpreußische Provinzhauptstadt war Zentrum für Wissenschaft, Kultur und Handel

Besuch des Museums Stadt Königsberg in Duisburg



Foto: Klaus Brähmig

v.l.: Klaus Brähmig, Lorenz Grimoni, Klaus Weigelt

Die Erinnerung an die Geschichte der preußischen Provinzhauptstadt Königsberg zu erhalten und vom Reichtum der Stadt in Fragen der Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft zu berichten, ist die Aufgabe des im Jahre

1968 eröffneten und seit 1992 in der heutigen Form bestehenden Museums Stadt Königsberg. Dessen Standort Duisburg leitet sich aus der bereits seit dem Jahre 1951 bestehenden Patenschaft Duisburgs für die ostpreußische Provinzhauptstadt ab.

Da absehbar ist, dass das Museum mit seinen bedeutenden Beständen zur Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz, seiner weltgrößten Sammlung zum Philosophen Immanuel Kant und zur Stadtgeschichte nicht auf Dauer am aktuellen Standort verbleiben kann,

unterstützt die Gruppe auf politischem Wege Überlegungen, die Sammlungen von Duisburg zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg zu überführen. Auf diese Weise würde der für Ostpreußen bedeutende Museumsstandort Lüneburg gestärkt und die dortige Ausstellung signifikant ergänzt und komplettiert.

Die Bedeutung Immanuel Kants, dessen Gedanken nicht nur die Vereinten Nationen und die Europäische Union prägen, macht deutlich, wie wichtig der zusammenhängende Erhalt der Duisburger Sammlungen ist. Da Kant Ostpreußen nie verlassen hat, ist es wichtig, diesen bedeutenden Philosophen im Kontext seiner Heimatstadt und Provinz zu würdigen.

Umfangreiche Eindrücke einer ostdeutschen Region Besuch des Oberschlesischen Landesmuseums in Ratingen



Foto: Klaus Brähmig

v.l. Paul Schläger, Melanie Mehring, Klaus Brähmig, Peter Beyer

Im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel führte Klaus Brähmig als Vorsitzender der Gruppe Gespräche zur künftigen Arbeit der Einrichtung. Dabei wurde deutlich, wie wichtig die Institution der Kulturreferenten für die praktische kulturelle Vermittlung des Wissens um den frü-

Auch vor dem Hintergrund der großen Anzahl an Oberschlesiern, die im Verlauf der Geschichte in der Ballungsregion Rhein-Ruhr eine neue Heimat und Wirkungsstätte gefunden haben, wird es als sinnvoll erachtet, die kulturelle Breitenarbeit am Standort Ratingen zu bündeln und auf diese

heren deutschen Osten ist. Es wurde vereinbart, dass sich die Gruppe politisch für die Einrichtung einer eigenständigen Kulturreferentenstelle für die Region Oberschlesien einsetzen wird, die bislang über das Schlesische Museum zu Görlitz mitbetreut wird.

Weise den geographischen Schwerpunkt Oberschlesien stärker zu berücksichtigen.

Anlässlich des Besuchs wurde auch die Sonderausstellung "Fahren, Gleiten, Rollen" besichtigt, die sich der Mobilität im Wandel der Zeit widmete. Die Entwicklung des Straßenverkehrs, der Siegeszug der Eisenbahn und die Entstehung des Luftverkehrs wurden am Beispiel Oberschlesiens aufbereitet und für junge und ältere Besucher gleichermaßen ansprechend präsentiert. Auch Sonderprogramme, die sich speziell an Kinder richten, gehören zum Angebot des Oberschlesischen Landesmuseums, das auf seine Weise dazu beiträgt, diesen Teil der deutschen Geschichte an die nächsten Generationen weiterzugeben.

Lüneburg wird Zentrum für die Geschichte der Deutschen im Baltikum

Grundstein für die Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums gelegt



Foto: Klaus Brähmig

Grundsteinlegung in Lüneburg

Mitte November wurde in Lüneburg der Grundstein für den Erweiterungsbau des Ostpreußischen Landesmuseums gelegt. Neben einer thematischen Erweiterung um die Geschichte der Deutschen im Baltikum wird die neu konzipierte Dauerausstellung in

der Zukunft auch die Ankunft und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 umfassen und die Region Ostpreußen in der Gegenwart vorstellen. In der deutschbaltischen Abteilung wird auf rund 300 Quadratmetern die über 800-jährige Geschichte der Deutschen im Baltikum vom Mittelalter bis in das Jahr 1939 vorgestellt. Der Bund ist über den Etat der Beauftragten der Bundesregierung für

Kultur und Medien an der Realisierung dieses Bauvorhabens beteiligt. Auch das Land Niedersachsen, die Deutschbaltische Kulturstiftung und weitere Partner machten die Realisierung des Projekts möglich.



Foto: Klaus Brähmig

v.l.: Klaus Brähmig, Joachim Mähnert, Eduard Kolle, Hubertus Hilgendorf, Eckhard Pols

Im nördlichen Ostpreußen besteht großes Interesse am deutschen Kulturerbe

Kaliningrader Gebiet als Brücke zwischen Deutschland und Russland nutzen

Im Rahmen ihrer ersten Delegationsreise dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages besuchten Mitglieder der Gruppe Ende Juli 2014 das nördliche Ostpreußen und Nidden im litauischen Teil der Kurischen Nehrung.

Erste Station dieser Reise war das an der ostpreußischen Bernsteinküste gelegene Palmnicken, wo die Gruppe ein Blumengebinde zum Gedenken an die Opfer des Massakers von Palmnicken am 31. Januar 1945 niederlegte. Vier Tage nach der Befreiung des KZ Auschwitz und einen Tag nach dem Untergang der "Wilhelm Gustloff" fand am Ende des Zweiten Weltkrieges in Palmnicken das letzte große Massaker der SS an den Juden statt.



Ehrung der Toten am Denkmal für die Opfer des Massakers von Palmnicken
v.l.: Eckhard Pols, Heinrich Zertik, Klaus Brähmig

Ebenfalls besuchte die Gruppe die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreute Kriegsgräberstätte "Nordmole" in Pillau, auf der über 12.000 Tote des Zweiten Weltkrieges - Soldaten und Zivilisten - bestattet sind, darunter auch 200 Opfer des Untergangs der "Wilhelm Gustloff". Als letzter Ort Ostpreußens, der

im April 1945 von der Roten Armee eingenommen wurde, steht die Hafenstadt Pillau sinnbildlich für das Ende der rund 700-jährigen Geschichte des deutschen Ostpreußen.



Kranzniederlegung auf der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreuten deutschen Kriegsgräberstätte "Nordmole" in Pillau
v.l.: Eckhard Pols, Klaus Brähmig, Heinrich Zertik

In Königsberg empfing Gouverneur Nikolai Zukanow die deutsche Delegation. Hauptgesprächsthema waren die von russischer Seite vorangetriebenen Planungen zum Wiederaufbau des Stadtzentrums Königsbergs im Rahmen des Projektes "Herz der Stadt". Ein für das zweite Halbjahr 2014 geplanter Architektenwettbewerb soll Möglichkeiten zukünftiger urbaner Gestaltung erarbeiten, wobei sowohl moderne wie auch historisierende Herangehensweisen denkbar sind. Aus dem Gespräch der Gruppe entstand die Idee, das Projekt "Herz der Stadt" auch dem deutschen Publikum bei einer Präsentation in Berlin zu präsentieren.

Bei einer Rundfahrt auf dem Pregel wurde das

Zentrum Königsbergs von der Wasserseite aus erkundet und das Gebiet künftiger Bautätigkeiten in Augenschein genommen. Zum Fluss hin geöffnet wie viele europäische Metropolen

bietet sich für Königsberg hier die einmalige Chance, den urbanen Raum wieder mit attraktivem neuem Leben zu erfüllen.

In einem Gespräch mit Vertretern des Deutsch-Russischen Hauses wurde über die Arbeit der Ein-

richtung informiert, die einen besonderen Arbeitsschwerpunkt auf das Angebot deutscher Sprachkursen legt. Durch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen und Konzerte ist das Haus ebenfalls eine feste Größe im Kulturleben des heutigen Königsbergs und wichtige Brücke zwischen Russland und Deutschland.

Im Kurort Rauschen sprach die Gruppe mit Vertretern der Stadtverwaltung und der Tourismuswirtschaft über die



Gespräch mit Gouverneur Nikolai Zukanow und Planern des Projekts "Herz der Stadt" über Wiederaufbaupläne des Stadtzentrums von Königsberg



Besuch des Deutsch-Russischen Hauses in Königsberg
v.l.: Eckhard Pols, NN, Klaus Brähmig, Heinrich Zertik, Viktor Hoffmann, Andrej Portnjagin, Boris Worobjow

künftige touristische Entwicklung dieses traditionsreichen Seebads an der Samlandküste. Dabei wurde deutlich, dass großes Interesse an Kooperationen mit Deutschland besteht, was die Vermarktung Rauschens als Reiseziel betrifft. Die Gruppe bot an, auch im Hinblick auf die Internationale Tourimus Börse in Berlin im Jahre 2015 Kontakte zur Reiseveranstaltern in Deutschland zu vermitteln.

Die Kurische Nehrung mit ihrer einzigartigen Naturlandschaft war ebenfalls Besuchsziel der Gruppe. In der Feldstation "Fringilla" der Vogelwarte von Rossitten wurde den deutschen Parlamentariern die Arbeit der Naturschützer zur Erfassung des Vogelzugs in Nordosteuropa näher gebracht. Bei einem Gespräch mit dem Direktor des Nationalparks Kurische Nehrung, Anatoli Kalina, ging es nicht nur um die Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich des Natur- und Dünenschutzes. Als eine der Geburtsstätten des Segelflugs möchte man in Rossitten künftig auch verstärkt an diese für die Entwicklung der Luftfahrt bedeutende Rolle der Kurischen Nehrung anknüpfen. Gab es im Jahre 2012 bereits erste deutsch-russische Kontakte und nach fast 70 Jahren erstmals wieder Segelflug über den Dünen der Nehrung, so soll auch in der Zukunft an diese Zusammenarbeit anknüpft werden.

Ein Abstecher in das litauische Nidden brachte die Gruppe wieder auf das Gebiet der Europäischen Union zurück. Das frühere Sommerhaus des Schriftstellers Thomas Mann mit sei-

ner auf dem neuesten Stand der Technik befindlichen Ausstellung wurde besichtigt und dabei die Rolle Niddens als eine der einst bedeutendsten Künstlerkolonien Deutschlands wieder lebendig.

Im östlichen Teil des Kaliningrader



Besuch der "Salzburger Kirche" in Gumbinnen
v.l.: Boris Worobjow, Heinrich Zertik, die Pfarrer Igor Ronge und Wladimir Michelis, Klaus Brähmig, Eckhard Pols

Gebiets wurde das frühere preußische Hauptgestüt in Trakehnen besucht. In der heute dort ansässigen Mittelschule fand ein Gespräch mit der Schulleiterin dieser auch auf deutsch unterrichtenden Bildungseinrichtung statt. Nicht nur durch die Einrichtung eines Museums, das an die Geschichte der Pferdezucht in Trakehnen erinnert und die Kontakte zu Freunden und Förderern dieser Pferderasse findet der deutsch-russische Dialog in Trakehnen seine Fortsetzung. Auch durch Partnerschaften zu Schulen in

Deutschland und den dadurch begründeten Schüleraustausch existieren enge Kontakte zwischen Trakehnen und Deutschland. Im nahe gelegenen Gumbinnen wurde die Gruppe in der Salzburger Kirche empfangen, deren Pfarrer nicht nur wichtige seelsorgerische Aufgaben der evangelisch-lutherischen Kirche erfüllen. Durch das ebenfalls dort ansässige Diakoniezentrum "Haus Salzburg" in dem unter anderem Ferienaufenthalte für Kinder ermöglicht werden und die Versorgung älterer Menschen in Gumbinnen organisiert wird, ist die Salzburger Gemeinde eine wichtige soziale Einrichtung der Stadt.

In der ehemaligen deutschen Friedrichschule von Gumbinnen, die heute als landwirtschaftliches Technikum der Ausbildung von Agrarfachleuten dient, erörterte die Gruppe Möglichkeiten künftiger Zusammenarbeit mit Deutschland. Hier hatte es bereits in



Foto: Klaus Brähmig

Besuch der ehemaligen Friedrichschule in Gumbinnen, die heute ein wichtiges landwirtschaftliches Technikum der Region beherbergt
v.l.: Boris Worobjow, Leonid Grubinow, Irina Michailowa, Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Eckhard Pols

nach enger Kooperation mit Deutschland zum Ausdruck.

Im Rahmen des gesamten Besuches war feststellbar, welche große Bedeutung die russische Seite der deutschen Geschichte des nördlichen Ostpreu-

ßens beimisst. In einem Dialog, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft umfasst, sollte daher ungeachtet der politischen Differenzen der Gegenwart der Kontakt in das nördliche Ostpreußen aufrecht erhalten und gepflegt werden. Eine gute Möglichkeit

eröffnet unter anderem die Beschäftigung mit dem Leben und Wirken des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Die große Wertschätzung Kants in Russland bietet dazu zahlreiche Ansätze. Beispielsweise plant die Regierung des Kaliningrader Gebiets, eine frühere Wirkungsstätte Kants in Judtschen in der Nähe von Insterburg zu rekonstruieren.

Als Brücke zwischen Deutschland und Russland kommt dem nördlichen Ostpreußen heute und in Zukunft eine große Bedeutung zu. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarländern Polen und Litauen zu intensivieren, bleibt eine wichtige Aufgabe für Politik und Gesellschaft. Seine landschaftliche Schönheit, die das nördliche Ostpreußen zu einem idealen Ziel für Touristen macht und das weitgehend ungenutzte landwirtschaftliche Potential im Kaliningrader Gebiet sind nur zwei Beispiele, die für diese einstmalige deutsche Provinz großes Entwicklungspotential erkennen lassen. Dieses gilt es zu nutzen.

Flucht und Vertreibung aus regionaler Perspektive

Besondere Ausstellung des Museums Bayerisches Vogtland in Hof

Dem Thema Flucht und Vertreibung aus regionaler, fränkischer Perspektive widmet sich das Museum Bayerisches Vogtland in Hof mit einem der Öffentlichkeit im Jahre 2012 erstmals präsentierten Teil seiner Dauerausstellung. Durch das Flüchtlings- und Durchgangslager in Moschendorf, in dem nach 1946 bis zu 5.000 Personen Aufnahme finden konnten, wurde Hof durch seine grenznahe Lage zu einer wichtigen ersten Anlaufstelle in der Bundesrepublik Deutschland. So erinnert die Ausstellung an Einzelschicksale unter den Vertriebenen, aber auch an die erfolgreiche Integration in der Region in und um Hof. In einem Gespräch mit Vertretern des Bundes der Vertriebenen wurde die Wichtigkeit betont, die eigenen Erfahrungen an die jüngere Generation



Foto: Klaus Brähmig

v.l.: Klaus Brähmig, Silke Launert, Sandra Kastner, Thomas Silberhorn, Harald Fichtner, Hans-Peter Friedrich, Peter Nürnberger

weiterzugeben, um damit das Verständnis und das Interesse an den deutschen Siedlungsgebieten im Osten zu stärken. Museen wie das in Hof

leisten mit ihren besonderen regionalen und lokalen Schwerpunkten einen wesentlichen Beitrag zur Bewahrung und Vermittlung von Geschichte.

Deutsche Minderheit und deutsches Kulturerbe prägen Rumänien bis heute

Banat und Siebenbürgen sind Zentren von großer geschichtlicher und aktueller Bedeutung



Foto: Klaus Brähmig

Gespräch mit Vertretern des Demokratischen Forums der Deutschen in Temeswar, des Banater Vereins für internationale Kooperation und des Vereins der ehemaligen Russlanddeportierten

Im August 2014 führte die Gruppe eine Delegationsreise nach Rumänien durch, die ganz im Zeichen der deutschen Minderheit und des deutschen Kulturerbes im Banat und in Siebenbürgen stand. Die kleine, aber sehr aktive und hervorragend integrierte deutsche Minderheit von rund 40.000 Personen leistet einen wichtigen und allgemein anerkannten Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dieses südosteuropäischen Landes.

Als erster stellvertretender Vorsitzender der Gruppe prägte der Vorsitzende der Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, Bernd Fabritius, maßgeblich den Erfolg der Reise, da er mit seinen in jahrelanger Arbeit aufgebauten und engen Kontakten nach Rumänien bei allen Gesprächspartnern an bereits früher geführte Dialoge anknüpfen konnte. Dass die deutsch-rumänischen Beziehungen in der Frage der deutschen Minderheit von ganz besonderer Qualität sind, ist nicht zuletzt der Verdienst der vor Ort und in Deutschland engagierten Vertreter der Landsmannschaften, die engste Verbindungen zwischen beiden Ländern unterhal-

ten. Der Auftakt der Gespräche fand in Temeswar statt, wo nicht nur mit Vertretern des Demokratischen Forums der Deutschen im Banat gesprochen wurde, sondern auch das mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung unterhaltene Adam-Müller-Guttenbrunn-Haus mit seiner hervorragenden Seniorenresidenz für die deutsche Minderheit besucht wurde. Es war dies das erste Mal, dass deutsche Parlamentarier in dieser beispielhaften caritativen Einrichtung zu Gast waren.

Das Engagement zur Pflege des deutschen Kulturerbes im Banat wird auch durch die Arbeit des Deutschen Kulturzentrums in Temeswar unterstützt. Neben Sprachkursen bietet es eine große Bandbreite an kulturellen Veranstaltungen an. Im Bereich der kulturellen Präsenz wurde allerdings deutlich, dass beispielsweise Frankreich deutlich höhere Aufwendungen betreibt, um mit seiner Kultur im Ausland präsent zu sein, als dies bei Deutschland der Fall ist. Die Sprachkurse des Kulturzentrums sind vor allem unter Medizinerinnen beliebt. Damit ist zugleich das Problem der Abwanderung von Fachkräften in das Ausland verbunden, die viele junge Rumänen aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten einer Tätigkeit vor Ort vorziehen.

Ein Besuch beim römisch-katholischen Bischof von Temeswar, Martin Roos, informierte die Gruppe über gegenwärtige und künftige Herausforderungen, denen sich die Kirche zu stellen hat. Die Zusammenlegung einzelner Gemeinden und die bauliche Erhaltung historischer Kirchengebäude sind dabei wichtige Themen.

Im Gespräch mit Vertretern deutscher Unternehmen im Banat wurde deut-



Foto: Klaus Brähmig

Gespräch mit dem Bischof der römisch-katholischen Diözese Temeswar, Martin Roos
v.l.: Heiko Schmelzle, Bernd Fabritius, Martin Roos, Klaus Brähmig, Siegfried Geilhausen

Foto: Klaus Brähmig



Gespräch mit Bildungsminister Remus Pricopie im Bildungsministerium von Bukarest
v.l.: Klaus Brähmig, Remus Pricopie, Bernd Fabritius, Heiko Schmelzle

lich, wie sehr die Wirtschaft die Förderung des dualen Ausbildungssystems nach deutschem Muster auch in Rumänien begrüßen würde. Hier sind bereits erste positive Anzeichen einer zunehmenden Akzeptanz klassischer Berufsausbildungen feststellbar. Allerdings bedarf es auch in Zukunft noch größerer Überzeugungsarbeit, das in Rumänien weit verbreitete Idealbild einer weitgehend schulischen oder universitären Ausbildung hin zu mehr Praxisorientierung zu verändern. Auch stellt die Freizügigkeit in der Europäischen Union und ein damit zunehmend feststellbarer Mangel an Fachkräften die in Rumänien engagierten Unternehmen vor große Herausforderungen.

Einen Einblick in die jüngere Geschichte Rumäniens erhielt die Delegation beim Besuch der Revolutionsgedenkstätte von Temeswar, in der an die Überwindung der kommunistischen Herrschaft im Jahre 1989 und die damit verbundenen Opfer der Oppositionsbewegung erinnert wird. Gerade die Anwesenheit von Zeitzeugen dieser einschneidenden Wochen vor

25 Jahren machte diesen Besuch zu einem authentischem Erlebnis.

Den Schwerpunkt der in der Hauptstadt Bukarest geführten politischen Gespräche bildete die Gegenwart und Zukunft des muttersprachlich deutschen Schulwesens in Rumänien. So ist der muttersprachlich deutschen Schulunterricht nicht nur für das Selbstverständnis der deutschen Minderheit zentral, sondern er wird aufgrund seiner hohen Qualität auch von muttersprachlich rumänischen Schülern weit über das heute verfügbare

Angebot hinaus nachgefragt. Hier genießen beispielsweise das im Jahre 1380 erstmals erwähnte "Samuel-von-Brukenthal-Gymnasium" in Hermannstadt und das im Jahre 1870 gegründete "Nikolaus-Lenau-Lyzeum" über die Grenzen Siebenbürgens und des Banat hinaus eine hervorragende Reputation. Beispielsweise sind die Nobelpreisträger Herta Müller und Stefan Hell einst Schüler des "Lenau-Lyzeums" gewesen. Die Delegation sprach sich gegenüber dem rumänischen Bildungsminister Remus Pricopie dafür aus, den muttersprachlich deutschen Schulunterricht besonders zu unterstützen. Dabei ist insbesondere dem Problem zu begegnen, dass Lehrer aufgrund besserer Verdienstmöglichkeiten auch zur Übernahme fachfremder Tätigkeiten in die Wirt-



Foto: Klaus Brähmig

Kranzniederlegung am Ehrenmal des deutschen Soldatenfriedhof "Pro Patria" in Bukarest
v.l.: Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle, Bernd Fabritius

schaft wechseln und so dem Bildungswesen nicht mehr zu Verfügung stehen. So sind in Deutschland verschiedene Stellen daran bemüht, neue Möglichkeiten finanzieller Unterstützung für das Bildungswesen zu organisieren.

Im Sinne der europäischen Versöhnung in diesem Gedenkjahr 2014 gedachte die Delegation den Toten des Ersten und Zweiten Weltkrieges auf der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge betreuten Kriegsgräberstätte „Pro Patria“ in Bukarest. Diese vom Volksbund weltweit in hervorragendem Zustand gehaltenen Anlagen sind mahnende Orte, sich

Foto: Klaus Brähmig



Gespräch mit Sänger Peter Maffay in Radeln
v.l.: Bernd Fabritius, Peter Maffay, Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle

auch künftig für Verständigung und Kooperation einzusetzen.

Ein wichtiger Protagonist der deutsch-rumänischen Zusammenarbeit ist der aus Kronstadt stammende Sänger Peter Maffay, der mit seiner Stiftung im siebenbürgischen Radeln ein Erholungszentrum für traumatisierte Jugendliche unterhält und sich darüber hinaus für die Entwicklung dieses in seiner dörflichen Struktur intakt erhaltenen rumänischen Dorfes engagiert. Kulturhistorischer Mittelpunkt sind dort wie in vielen anderen siebenbürgischen Gemeinden die Kirchenburgen, von denen einige als UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt wurden. Sie sind steinerne Zeugen der deutsch-rumänischen Beziehungen. Den Erhalt der im Eigentum der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien stehenden Kirchenburgen zu unterstützen, muss auch im kulturellen Interesse Deutschlands liegen. Als eines der beeindruckenden Beispiele



Foto: Klaus Brähmig

Treffen mit dem Oberbürgermeister von Hermannstadt und inzwischen gewählten Präsidenten von Rumänien Klaus Johannis

v.l.: Bernd Fabritius, Klaus Johannis, Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle, Judith Urban

dieser Baukultur wurde die Kirchenburg in Birthälm besucht, die seit dem Jahre 1993 von der UNESCO als Weltkulturerbe geführt wird.

Im Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Hermannstadt und damaligen Präsidentschaftskandidaten der Christlich-Liberalen Allianz Klaus Johannis betonte die Gruppe das Inte-

resse, das Jahr 2017 anlässlich des 10-jährigen EU-Beitritts Rumäniens zu einem Kooperationsjahr zu machen. Dieses sei unter anderem für eine Stärkung des Tourismus geeignet. Klaus Johannis wurde am 16. November 2014 als erster Vertreter einer nationalen Minderheit zum Präsidenten von Rumänien gewählt.

Die Gruppe informiert

Freistaat Bayern steht auch in Zukunft fest an der Seite der Sudetendeutschen

Staatsministerin Emilia Müller übernimmt die Schirmherrschaft



Emilia Müller

Bayerns neue Schirmherrschaftsministerin der Sudetendeutschen, Emilia Müller, betonte unmittelbar nach der Übernahme ihres Amtes als Sozialministerin: „Ich werde die verlässliche Politik Bayerns für die Sudetendeutschen, für alle deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler

und Spätaussiedler haben wesentlich zum Erfolg Bayerns beigetragen und sind wichtige Brückenbauer in Europa. Auf diesem Weg wird die Staatsregierung die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler weiter unterstützen und eng an ihrer Seite stehen.“ Die Ministerin begrüßte insbesondere die

nahtlos fortsetzen. Ihr Schicksal, ihre Kultur und ihre Leistungen für unser Land im Bewusstsein zu halten, ist eine wichtige Aufgabe. Die deutschen Heimatvertriebenen

Errichtung des Sudetendeutschen Museums. „Wir brauchen ein solches Museum für unseren vierten Stamm. Die Nachbarschaft zum Sudetendeutschen Haus und zum Haus des Deutschen Ostens bietet eine großartige Chance für eine enge Zusammenarbeit, von der alle Heimatvertriebenen und Spätaussiedler profitieren. Dieses Museum soll auch zu einem zentralen Ort der Begegnung und des Dialogs – insbesondere mit unseren tschechischen Nachbarn – werden.“ Das Foto zeigt Bayerns Sozialministerin Emilia Müller vor einer Ausstellung zur Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutsche Volksgruppe, die im Bayerischen Sozialministerium in München gezeigt wurde.

Immanuel Kant in Berlin

Portrait des Königsberger Philosophen schmückt ab sofort die Bibliothek der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft

Foto: Klaus Brähmig



v.l.: Norbert Lammert, Klaus Brähmig

Auf Initiative von Klaus Brähmig als Vorsitzendem der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag stellte das in Duisburg befindliche Museum Stadt Königsberg der Deutschen Parlamen-

tarischen Gesellschaft ein Portraitgemälde des bedeutenden ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant als Dauerleihgabe zur Verfügung. In einer Feierstunde in Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Bundes-

tages Norbert Lammert wurde dieses Gemälde in Berlin präsentiert und an die Bedeutung Kants und seine tiefe Verwurzelung in seiner Heimat Ostpreußen erinnert. Um die Beschäftigung mit den Werken Kants zu stärken, schlägt Brähmig vor, die kom-

menden zehn Jahre bis zum 300. Geburtstag des Philosophen im Jahre 2024 mittels einer "Kant-Dekade" zu begehen, in der sich Wissenschaft, Gesellschaft und Politik mit der Aktualität der Gedanken Kants auseinandersetzen. Durch die hohe Wertschätzung, die der Philosoph auch in Russland genießt, bietet eine "Kant-Dekade" die Gelegenheit, über die Brückenfunktion des Kaliningrader Gebiets einen kontinuierlichen Dialog mit Russland in einem Bericht von großer Übereinstimmung fortzusetzen. Da Kant nicht ohne seine Heimat Ostpreußen gedacht werden kann, stärkt eine "Kant-Dekade" gleichermaßen die Erinnerung an den ehemals deutschen Osten.

Kinofilm "Wolfskinder" beeindruckt die Besucher

Werk des Regisseurs Rick Ostermann erinnert an das Schicksal der elternlosen Kinder nach 1945

Im Berliner "Zoo Palast" wurde der Kinofilm "Wolfskinder" des Regisseurs Rick Ostermann präsentiert. Dieser schildert das Schicksal der "Wolfskinder", die in Ostpreußen gegen Kriegsende und in der Nachkriegszeit nach dem Verlust ihrer Eltern um das Überleben kämpfen mussten und vor allem in Litauen Aufnahme fanden. Dabei mussten sie ihre Herkunft durch die Annahme einer neuen Identität zeitweise oder dauerhaft verschleiern. Die Dreharbeiten zum Film fanden ebenfalls in Litauen statt.

In Anwesenheit zahlreicher Gäste aus dem In- und Ausland, darunter Vertreter der deutschen Minderheit in Polen, wurde die Präsentation des beeindruckenden und unter anderem mit dem Friedenspreis des Deutschen Films ausgezeichneten Werks durch

Gespräche mit einer Zeitzeugin aus den Reihen der Wolfskinder und am Film beteiligten Akteuren begleitet.

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte die Filmproduktion über Jahre hinweg unterstützt und setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass die wissenschaftliche Aufarbeitung intensiviert und das Thema der Wolfskinder etwa in der Bundesvertriebenenstiftung behandelt wird. Auch der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Freiherr von Stetten, der sich seit



v.l.: Bernard Gaida, Klaus Brähmig, Norbert Rasch

Foto: Klaus Brähmig

vielen Jahren für die Unterstützung der heute noch in Litauen lebenden Wolfskinder einsetzt, war bei der Filmpräsentation zugegen. Durch Spenden und Stiftungen konnte er erreichen, dass den heute noch lebenden Wolfskindern eine zusätzliche Rente ausbezahlt werden kann.

Regisseur Rick Ostermann erhält „Franz-Werfel-Menschenrechtspreis 2014“ für seinen Film „Wolfskinder“

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf gratuliert

Der diesjährige Franz-Werfel-Menschenrechtspreis der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen geht an den Regisseur Rick Ostermann. Die hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, nahm an der Preisverleihung in der Frankfurter Paulskirche teil und gratulierte dem Preisträger persönlich. „Mit seiner Verfilmung des Dramas ‚Wolfskinder‘ hat Rick Ostermann ein bewegendes Thema aufgegriffen. Es geht um tausende elternlose ostpreussische Kinder nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre grausamen Schicksale sind kaum bekannt. Rick Ostermann zeigt in beeindruckender Weise den Überlebenskampf dieser Kinder, der deren Kindheit nicht nur prägte, sondern bestimmte.“

Ostermann, dessen Familie mütterlicherseits selbst aus Ostpreußen stammt, rückt mit der Verfilmung nahezu unbekannte Schicksale ins Licht. Nach 1945 blieben tausende deutsche Kinder und Jugendliche in Ostpreußen, die durch Kriegseinwirkungen, Flucht und Vertreibung oder andere Schicksalsschläge ihre Familien verloren hatten oder von ihnen getrennt worden waren, auf sich allein gestellt. Sie mussten sich in den Wäldern verstecken und versuchen, möglichst ins Baltikum zu gelangen, um dort Auf-

nahme zu finden. Ziegler-Raschdorf: „Ostermann gelingt es, die Schwere des Themas so zu verarbeiten, dass es dem Zuschauer gelingt, eine Vorstellung von dem grausamen Überlebens-

ter Paulskirche, ist der beste Rahmen, um einen Menschenrechtspreis zu verleihen. Wir brauchen Symbole, um Ereignisse oder Prozesse besser begreifen und erklären zu können. Der

Bund der Vertriebenen, die ihm nahestehende Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und die Jury zur Vergabe des Franz-Werfel-Preises haben Finger-spitzengefühl bewiesen und in Zeiten von Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in der Welt auf die Folgen von Krieg und Vertreibung gerade auf Kinder aufmerksam gemacht.

Als Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler freue ich mich außerdem, dass die Preisverleihung in Hessen stattfindet.“

Ziegler-Raschdorf betonte abschließend, dass Preisverleihungen für die großen Medien immer Gelegenheit für vertiefende Berichte zu einzelnen Themen böten. Die Anteilnahme durch Aufmerksamkeit helfe Betroffenen, ihr Schicksal zu verarbeiten. Besonders aber trage sie dazu bei, die Gesellschaft weiterhin für Kriegsfolgeschicksale aller Opfer von Gewalt, Terror und Vertreibungen zu sensibilisieren. Dies sei in Zeiten weltweiter Krisen mehr als notwendig.



© Bund der Vertriebenen (BdV)

v.l.: Gudrun Osterburg, Margarete Ziegler-Raschdorf, Erika Steinbach, Regisseur Rick Ostermann mit Partnerin, Michael Boddenberg

kampf der Kinder zu erhalten. Seine Bilder stellen die unglaubliche Schönheit der Natur Ostpreußens mit ihrem Licht und ihren Farben den Bildern der verirrtten Kinder gegenüber. Unter Verzicht auf eine Kommentierung lässt Ostermann das Verhalten der Kinder mit ihrer knappen Sprache auf den Zuschauer wirken. Mit seinem Film setzt er den namenlosen Wolfskindern, von denen etliche zwar überleben, ihre wahre Herkunft und Identität jedoch nie erfahren konnten, ein eindrucksvolles Denkmal.“

Ziegler-Raschdorf sprach weiterhin der Jury zur Verleihung des Franz-Werfel-Menschenrechtspreises und der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen ihren Dank für die diesjährige Entscheidung aus: „Der symbolträchtige Veranstaltungsort, die Frankfur-

Neuer Referent in der Gruppe

Alexander Vollmert folgt auf Sven Oole

Nach fünf Jahren Tätigkeit als Referent der Gruppe wechselte Sven Oole im Januar 2014 zur Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und ist dort als Leiter für die Kommunikation und das Stiftungsmanagement verantwortlich. In seiner Nachfolge trat Mitte Februar Alexander Vollmert als Referent in die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein. Er studierte Politikwissenschaften und Geschichte

in Hagen und setzte sich in der Vergangenheit bereits als persönlicher Mitarbeiter des Vorsitzenden mit den



v.l.: Sven Oole, Klaus Brähmig, Alexander Vollmert

Foto: Steven Rösler

aufgabe zu begreifen, die dazu beiträgt, den grenzüberschreitenden Dialog und die Partnerschaft mit den europäischen Nachbarn zu fördern, ist ihm dabei ein wichtiges Anliegen. Die historische Bedeutung des deutschen Ostens zu würdigen und die Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen vor nunmehr 70 Jahren

Themen der Gruppe auseinander. Die Kultur der Deutschen im östlichen Europa als Bindeglied und Zukunfts-

auch künftigen Generationen zu vermitteln, ist und bleibt für die Gruppe eine wichtige Aufgabe.

Konferenz der Nationalen Minderheiten aus Polen mit Vertriebenen und Aussiedlern aus Sachsen

Hessische Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf auch engagiert

Die Konferenz erfolgte auf Initiative der Kreisverbände Dresden und Leipzig des Landesverbandes der Vertriebenen und Aussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V. und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland mit allen in Liegnitz/Polen registrierten Minderheiten. Neben der Deutschen sozial-kulturellen Gesellschaft gehören dazu die Minderheiten der Ukrainer, Lemken, Roma und der jüdischen Gemeinde. Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf überbrachte die Grüße der Hessischen Landesregierung und bedankte sich für die vielen Hinweise und Informationen aus der Konferenz, die sie für ihre Arbeit in Hessen gut gebrauchen könne. Die Landesbeauftragte: "Bei dem Projekt geht es um

die Einmaligkeit und Vielschichtigkeit der Kultur- und Brauch-tumsarbeit und den Austausch zwischen den verschiedenen nationalen Minderheiten. Es ist besonders

hervorzuheben, dass in dieser Maßnahme die Erkenntnisse der Erlebnis-generation in Form von Kinder- und Jugendprojekten an die nachfolgende



Konferenz der nationalen Minderheiten aus Polen

Foto: HSM

Generation weitergegeben werden". Es wurden weitere konkrete Vorschläge der Kooperationsgestaltung verabredet.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cdcsu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cdcsu.de/fd



www.facebook.com/cdcsubundestagsfraktion



www.youtube.com/cdcsu



twitter.com/cdcsu